

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912**

28.3.1912 (No. 87)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No. 87

Donnerstag, den 28. März 1912

155. Jahrgang

Expedition: Karl Friedrich-Str. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), wofür auch Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P. Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Staatsanzeiger.

Durch Entschließung des Großh. Ministeriums des Innern vom 18. März 1912 ist der Bauinspektor Wilhelm Gräß in Überlingen zur Wasser- und Straßenbauinspektion Konstanz versetzt worden.

### Die zweite juristische Prüfung betr.

Auf Grund der — infolge von Krankheit nachträglich — abgelegten zweiten juristischen Prüfung ist Rechtspraktikant Oskar Schuhmacher aus Trier zum Gerichtsassessor ernannt und in die Reihenfolge der aus der zweiten juristischen Prüfung im Spätjahr 1911 hervorgegangenen Gerichtsassessoren eingestuft worden.

Karlsruhe, den 25. März 1912.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Answärtigen.  
von Dusch. Knoff.

### Die den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes entsprechenden Hilfskassen betr.

Die bisherige eingeschriebene Hilfskasse „Krankenunterstützungsverein der Cutinger Goldfabrikarbeiter“ in Cutingen hat sich mit Wirkung vom 1. April 1912 in einen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit umgewandelt und ist als kleinerer Verein im Sinne des § 53 des Reichs-Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 anerkannt worden. Die der eingeschriebenen Hilfskasse mit Erlaß des Großh. Ministeriums des Innern vom 14. Dezember 1903 Nr. 51 060 nach § 75 a des Krankenversicherungs-Gesetzes erteilte Bescheinigung ist deshalb mit dem genannten Zeitpunkt erloschen.

Karlsruhe, den 20. März 1912.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:  
Weingärtner. Seltman.

### Nicht-Amtlicher Teil.

#### Reichstag.

Berlin, 26. März.

Am Bundesratsitzung, Kraetke. — Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12.00 Uhr. — 3. Beratung des in Brüssel am 17. März 1912 vollzogenen Protokolls betreffend die Fortsetzung der durch den Zubervertrag vom 5. März 1902 gebildeten Internationalen Vereinigung.

Abg. v. Grabski (Pole): Beim Abschluß der Konvention ist keine Rücksicht auf die Interessen der Konventionen genommen worden.

Abg. Dr. Arendt (Npt.): Es besteht die Gefahr, daß Rußland die Bestimmungen der Konvention umgeht. Auch England gegenüber sind wir in einem vollständig unklaren Verhältnis. Es ist zu befürchten, daß England am 1. September 1913 aus der Konvention aussteigt und sodann mit einer außerordentlichen Begünstigung des englischen Abzugs zu rechnen ist.

Staatssekretär Kühn: Ob England der Konvention späterhin angehören wird, oder nicht, können wir nicht wissen. Jedenfalls hat es sich sein Recht der Kündigung vorbehalten. Vor Ablauf dieses Termins besteht keinerlei Arbeit über seine Haltung. Schon jetzt hat England die Erklärung abgegeben, daß es, wenn es auch der Konvention nicht angehört, an seiner Haltung nichts ändern wird. Rußland ist gehalten, über ein gewisses Quantum hinaus nichts nach dem Wesen auszuführen. Gegen eine etwaige Umgehung der Konvention werden wir energisch einschreiten. Eine Kontingenterhöhung wird in Zukunft an Rußland nicht gewährt werden.

Abg. Bernstein (Soz.): Wir betrachten die Sache nicht vom einseitigen Standpunkt der Produzenten aus, sondern von dem der Volkswirtschaft. England bezieht aus seinen Kolonien nicht den fibermäßigen Teil seines Bedarfs an Zucker. (Süß, hört!) Eine Gefahr für die deutsche Industrie liegt darin nicht.

Abg. Graf von Kanis (kon.): Wir sind stets für Herabsetzung der Zuckersteuer eingetreten. Die Konvention hatte ursprünglich den Zweck, dem hilflosen Zucker auf dem Zuckermarkt ein Ende zu machen, der durch das Prämiensystem entstanden war. Jetzt hat die Industrie

aber kein Interesse mehr an der Konvention. Eine wirksame Kontrolle des russischen Kontingents ist dringend zu empfehlen. Bei einer künftigen Verhandlung dürfen nicht aus Courtvoisie weitere Zugeständnisse gemacht werden, dazu haben wir keinen Anlaß.

Abg. Doormann (fortsch. Volksp.): Wir lassen uns nicht davon abhalten, auch jetzt wieder der Konvention zuzustimmen.

Abg. Mehe (natl.): Die deutsche Zuckerindustrie will keine Sonderrechte, sie will nur die gleichen Rechte wie die russische Zuckerindustrie.

Nach kurzen erläuternden Bemerkungen des Staatssekretärs Kühn wird der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt und die Konvention gegen die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei, einiger Polen und Nationalliberalen angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen. — Ohne Debatte werden für gültig erklärt die Wahl der Abgeordneten Keller (natl.), Schulenburg (natl.), Dunajski (Pole) und Dr. Erdmann (Soz.).

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Post-Gesetzes.

#### Abg. Duffner (Zentr.):

Der gute Abschluß des Jahres 1910/11 läßt hoffen, daß die berechtigten Wünsche mancher Beamtencategorien und der Pensionäre erfüllt werden, die bis jetzt an Mangel an Mitteln unberücksichtigt geblieben sind. Die Unterbeamten müssen vor allem zu gestellt werden, daß ihre Bezüge mindestens dem Durchschnittslohn gelehrter Arbeiter entsprechen. Auch die Familienverhältnisse, die Kinderzahl usw. der Unterbeamten müssen bei der Entlohnung der Beamten berücksichtigt werden. Dadurch würden viele Quellen der Unzufriedenheit beseitigt werden. Die Sonntagsruhe der Unterbeamten muß auf jeden Fall durchgeführt werden, auch der Dienstbürgen und der Wohnungsfürsorge für die Beamten ist seitens der Postverwaltung ein möglichst großes Interesse zuwenden. Der Wohnungsgeldzuschuß für die verbeirateten Unterbeamten müßte erhöht werden, damit er nicht niedriger ist, als der für die unverheirateten Beamten. Bei Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses ist nicht mehr wie bisher auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die stärkere Einziehung weiblicher Personen zum Postdienst hat sich bewährt. Für die vielen Postagenten ist die Einrichtung einer Pensionsversicherung sehr erwünscht. Für postlagernde Sendungen sollten höhere Portafälle eingeführt werden, dadurch würde manchem Mißbrauch vorgebeugt. Nicht nur Geschäftsbriefe oder harmlose Verteilungen für ein Stellbilden werden postlagernd gesandt, sondern auf diesem Wege kommt auch die pornographische Literatur in die Hände unserer Schuljugend.

#### Reichssekretär des Reichspostamtes Kraetke:

Die Berechnung der Beamtenbezüge läßt sich nicht auf Grund der Überschüsse der Verwaltung bemessen. Man kann nicht von dem Grundsatze ausgehen, daß in einer gutrentierenden Verwaltung die Überschüsse nur für die Beamten verwendet werden, dann müßte zum Beispiel umgekehrt in der Justizverwaltung für die Beamten gar nichts geflossen (Heiterkeit). Hinsichtlich des Aufwandes von Unterbeamten in die Schaffnerstellen werden Verbesserungen geschaffen werden, abgesehen davon, daß die Anwärter in andere Gegenden zu versetzen. Die Sonntagsruhe, die in den letzten Jahren allerdings sich etwas verschlechtert hatte, ist inzwischen wieder gekehrt worden. Sowohl bei den männlichen wie bei den weiblichen Beamten und den Unterbeamten ist die freie Sonntagszeit erheblich gestiegen. Eine Verbesserung wird vielfach von den Agenten selber nicht gewünscht, weil sie vielfach in anderweitigen Beamtenstellen sich befinden, oder schon anderweitige Beamten belegen. Diesen Wünschen gegenüber muß man etwas vorsichtig sein. Außerdem ist der Dienst der Postagenten nicht so anstrengend wie der der regulären Beamten. Von einer dauernden Dienstzeit kann bei den Postagenten auf dem Lande nicht die Rede sein. Auch Erholungsurlaub für die Agenten ist nicht nötig, da diese Beamten sich ständig nach Belieben vertreten lassen können. Eine Erhöhung des Portos für postlagernde Briefe ist nicht anzunehmen. Es wäre dazu eine Änderung des Postgesetzes nötig. Daß die Berechnung über die Postbauten möglichst schnell vorzuziehen sei, ist auch unser Wunsch.

#### Abg. Pauli-Hagenow (kon.):

Die Rede des Abg. Zubeil war im schlimmsten Maße verheißend. Ich bedauere, daß es Beamte gibt, die Herrn Zubeil zum Sprachrohr für ihre Wünsche machen. Das zeigt davon, daß die Beamten das Vertrauen zu ihrer vorgesetzten Behörde nicht haben. Ich halte es mit der Ehre eines Beamten nicht vereinbar, sich mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten in Verbindung zu setzen. Gewiß sind die Überschüsse der Postverwaltung erträglich, in erster Linie aber muß den Bedürfnissen der Post als Verkehrsanstalt Rechnung getragen werden. Die Befragungsfrage aufzurufen ist zwecklos. Gerne würden wir den Beamten sämtliche Wünsche erfüllt haben. Wir müssen uns aber mit dem Erreichbaren zufriedengeben. Wir haben Vertrauen zur Reichspostverwaltung und werden auch für die Verbesserungen, die für diesen Etat vorliegen, stets zugunsten der Beamten eintreten.

#### Abg. Best-Heidelberg (natl.):

Die erheblichen Überschüsse der Postverwaltung sind ein erfreuliches Zeichen der Leistungsfähigkeit unserer Beamten. Mit Befriedigung wird die Verwaltung aus dem Munde des Kaisers

den Dank und die Anerkennung für diese Tatsache entgegen genommen haben. Ich sehe diesen Dank und diese Anerkennung dahin fort, daß dies nicht nur für einen Teil der Beamtenschaft, der mittleren und unteren Beamten Geltung haben sollte, sondern auch für die höheren Beamten, die eine bedeutungsvolle wichtige Arbeit zu leisten haben. (Beifall.) Die Sparsamkeit in unserem Postbetriebe ist notwendig; allerdings muß sie sich den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Verhältnisse anpassen. Wenn man die Zahl der Postunterbeamten vermindert, so müssen auch die Aufsichtstellen, die keineswegs überflüssig sind, vermehrt werden. Von einer uferlosen Beamtenervermehrung kann in letzter Zeit nicht die Rede sein. Den Resolutionen auf Einteilung der Dienstzeit und der Sonntagsruhe stimmen wir zu. Unsere Wünsche über die Beamtensoldatung haben wir in einer Resolution niedergelegt, der wir zustimmen bitten. Der Erholungsurlaub der unteren Post- und Telegraphenbeamten muß in angemessener Weise erweitert werden. Die Härten des Besoldungsgesetzes müssen angesichts der tiefstehenden Beamtensoldatung unter der Beamtenschaft beseitigt werden. Auch die Statistiken müßten erhöht werden. Wir dürfen den Beamten nicht immer ablehnend gegenüber treten, um die tatsächlich unter ihnen herrschende Mißstimmung zu beseitigen. (Zustimmung.) Wir vertreten hier die Rechte der Beamten, das ist liberal; wir verweisen die Beamten aber auch auf ihre vaterländischen Pflichten und das ist national. (Lebhafter Beifall bei den Natl.) Das Weltbriefporto muß endlich allgemein verbilligt werden im Interesse der besseren Hilfsmittel zur internationalen Verständigung. Endlich sollten die Postpartassen baldigt in Kraft treten. Hoffen wir, daß es dem Vertreter unserer Verwaltung gelingt, daß auch für das Postwesen es heißt: Deutschland in der Welt voran! (Beifall bei den Natl.)

Präsident Kaempf: Ich habe dem Hause eine schmerzliche Mitteilung zu machen. (Die Abgeordneten und die Vertreter der Regierungen erheben sich.) Vor einigen Minuten ist mir die Trauerbotschaft zugegangen von dem Dahinscheiden des Alterspräsidenten dieses Hauses, des Reichstagsabgeordneten Albert Träger, der seit 1874 ununterbrochen dem Reichstage angehört. In diesem Augenblicke steigt vor uns in geistigen Augen das Bild des allverehrten Alterspräsidenten auf, der noch vor wenig Wochen trotz seiner beinahe 88 Jahre die Verhandlungen dieses Hauses mit jugendlicher Frische geleitet hat. Dem Andenken an den verehrten Mann, der, ich glaube in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wohl politische Feinde, niemals aber einen persönlichen Feind gehabt hat, bringen wir unsere Guldigung dar, indem wir uns von unseren Plätzen erheben. Meine Herren! An der Wahre des Dahingeshiedenen werde ich mir gestatten, im Auftrage des Reichstages einen Kranz als äußeres Zeichen des Andenkens an ihn niederzulegen. (Zustimmungskundgebungen.)

#### Abg. Kiel (fortsch. Volksp.):

Das Ein-Kilo-Paket sollte alten Forderungen gemäß ebenfalls baldigt eingeführt und der Antunstempel für Postkarten wieder verwendet werden. Die Postfreiheit der regierenden Fürsten wird vielfach mißbraucht, sobald der Fürst neben seinen Regierungsgeschäften auch noch andere Industriezweige betreibt.

#### Staatssekretär Kraetke:

Es ist unzulässig, daß die Fürsten mit der Postfreiheit für Briefe die gewerblichen Zwecken dienen, Mißbrauch treiben. Wenn der Vordruck hier derartiges Material niedergelegt hat, so werde ich nachforschen und Memore einleiten lassen. Im Weltpostverleir treten wegen verschiedener Bemessungen des Gewichts und der Gebühren vielfach Ungereimtheiten zutage. Wir werden uns auf dem nächsten Kongress Mühe geben, größere Einheitslichkeit zu erzielen. Der Wegfall der Briefmarken und ihre Ersetzung durch Stempel ist nicht zu empfehlen. Untersuchungen werden dadurch erleichtert. Wir haben aber jetzt eine Maschine, die die Briefe gleichzeitig zählt, frankiert und stemplet. Mit dieser Maschine werden weitere Versuche angeestellt werden. Die Wiedereinführung des Antunstempels ist nicht zu empfehlen im Interesse der schnellen Bestellungen. Von Mißtrauen gegen die Beamtensorganisationen ist mir nichts bekannt. Wenn Ausschreitungen vorkommen, so werden die betreffenden mit aller Offenheit auf den richtigen Weg gewiesen.

#### Abg. Chlapowski (Pole):

Die Behandlung des polnisch sprechenden Publikums an den Postschaltern bedarf dringend der Besserung. Die Postmarkenzulage hat ausgesprochen politische Tendenzen. Wir beantragen deshalb ihre Streichung.

#### Abg. v. Camp (Reichsp.):

Die Postmarkenzulage den Beamten zu nehmen, geht nicht an. Nicht zuletzt würden auch die Gemeinden darunter leiden.

#### Staatssekretär Kraetke:

Die Postmarkenzulage ist den Beamten bewilligt worden wegen ihrer schwierigen Stellung in den östlichen Provinzen. Ich bitte den Redner der polnischen Fraktion, seinen Antrag nicht aufrecht zu erhalten.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr verlagt; außerdem Handelsvertrag mit Bulgarien.

## Deutsches Reich.

### \* Zum Thema „Rücktrittsgerüchte“.

Die „Straßburger Post“ schreibt: Es ist jetzt wieder still geworden von den Krisengerüchten, die vor einigen Tagen aus Berlin verbreitet worden waren und vom Rücktritt hoher und höchster Staatsmänner zu berichten wußten. Man darf bei der Gelegenheit an einige Äußerungen des Fürsten Hohenlohe erinnern, der in seinen verschiedenen Amtstellungen — auch als Statthalter in Elsaß-Lothringen, genau wie jüngst noch Graf v. Wedel — so oft zum Gegenstand solcher Gerüchte gemacht worden ist. Als Reichskanzler trat er eines Tages, als wieder einmal ein solches Gerücht „feste Gestalt“ angenommen hatte, im preussischen Abgeordnetenhaus den Ausstreunungen mit einer Rede entgegen. Er sagte damals:

Es gibt in Preußen viele Staatsmänner oder solche, die sich dafür halten (Heiterkeit). Diese Staatsmänner, die unbeschäftigten zumal, haben gute Freunde, die nicht begreifen können, daß der ihnen befreundete Staatsmann noch nicht die Stelle einnimmt, für die sie ihn geeignet halten, wie die Engländer sagen, daß the right man noch nicht on the right place sits. Das kränkt sie, und was tun sie nun, diese Freunde? Sie gehen zu einem befreundeten Journalisten — und wer ist in unseren Zeiten nicht mit einem Journalisten befreundet? (Heiterkeit). Sie sagen ihm dann nicht etwa: ich wünschte, daß mein Freund K. Minister oder Botschafter würde, sondern sie sagen: mein Freund K. wird demnächst Minister oder Botschafter. Diese Nachricht, so meinen sie, könnte doch einmal an maßgebender Stelle gelesen werden und eine gewisse Wirkung ausüben. Der befreundete Journalist, dem diese Nachricht gebracht worden ist, und dessen Geschäft es mit sich bringt, sensationelle Nachrichten zu veröffentlichen, eilt dann nach Hause und läßt die Nachricht schleunigst drucken, denn etwas Sensationelleres, als die Abblatung eines Ministers oder etwa eines Botschafters gibt es nicht (Heiterkeit). Und so entstehen die Gerüchte von Ministerwechseln. Nun glauben Sie nicht, meine Herren, daß ich von Vermutungen spreche; mir stehen auf diesem Gebiete reiche eigene Erfahrungen zu Gebote. Ich spreche nicht von meiner Tätigkeit als bayerischer Minister. Damals waren die Zeiten zu ernst für Intrigen. Anders war es schon in Paris. Der Pariser Botschafterposten ist sehr gesucht. Ich wurde viel beneidet und hatte zahlreiche Konkurrenten. Diese hatten nun wieder Freunde und diese Freunde verbreiteten dann in der Presse, in deutschen und französischen Blättern, daß der Fürst Hohenlohe alt und müde sei und demnächst seine Entlassung geben werde. Ich muß bemerken, daß das vor 20 Jahren war (Heiterkeit). Ähnlich ist es in Straßburg gewesen; in den neun Jahren, die ich in Straßburg amtlich tätig war, sind keine sechs Monate vergangen, ohne daß in irgend einem Blatte, meistens in Berliner Zeitungen, die Nachricht auftauchte: der Statthalter sei alt und müde und würde durch den General K. oder den Oberpräsidenten J. ersetzt werden (Heiterkeit). Diese Erfahrungen haben zur Folge, daß mich alle Krisengerüchte sehr läßt lassen, und ich möchte Ihnen und allen nur wünschen, daß Sie meinem Beispiel folgen und die Sensationsnachrichten von Krisen an sich ablaufen lassen wie Regentropfen vom Mantel (Heiterkeit). Nun hat diese Sache aber auch eine ernste Seite und zwar eine bedauerliche Seite. Der gewöhnliche Zeitungsleser besitzt nicht den Gleichmut und die Gemütsruhe, die wir eigen sind, in der Beurteilung solcher Krisengerüchte, sondern er glaubt sie, nimmt solche Nachrichten als ernst und folgert daraus Unsicherheit unserer Zustände. So entsteht Unzufriedenheit, Unruhe und Pessimismus.

Das genannte Straßburger Blatt bemerkt hierzu: Wenn auch nicht immer, so wird doch häufig diese Schilderung vom Entstehen der Rücktrittsgerüchte ihre Gültigkeit haben.

### \* Übersicht

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: In der letzten Tagung des auf Grund der Reichsversicherungsordnung gebildeten großen Senats wies vor Eröffnung der Tagesordnung der Präsident Kaufmann darauf hin, daß am 21. März 1912 im Reichstag von einem Mitglied der bürgerlichen Parteien über die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts geäußert worden sei, das Reichsversicherungsamt scheine in seiner Rechtsprechung gewissen Unternehmereinflüssen das Ohr zu leihen. Gegen diesen schweren Vorwurf der Parteilichkeit müsse er nachdrücklich Widerspruch erheben.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Das „Berliner Tagblatt“ schreibt in seiner gestrigen Abendausgabe, Minister v. Dallwitz erlaube sich im preussischen Abgeordnetenhaus eine mittelbare Kritik der Geschäftsführung des Reichstagspräsidenten. Wenn nämlich v. Dallwitz behauptet, ein Mitglied des Reichstages habe unter dem Schutze der Immunität Beschimpfungen ausstoßen können, so richtet sich seine Kritik natürlich gegen den Präsidenten, der während jener Rede den Vorsitz führte. Der Minister des Innern bezog sich hier auf den von dem Abgeordneten Sachse im Reichstag von den Polizeibeamten gebrauchten Ausdruck „Muthunde“. Der damals antwortende Vizepräsident rief den Abg. Sachse wegen dieses Ausdrucks, den er als unzulässig bezeichnete, sofort zur Ordnung. Der Minister hat sich in seiner Rede vom 19. März auch ausdrücklich auf diesen Ordnungsruf berufen und darauf hingewiesen, daß seine Auffassung von der aller kompetentesten Stelle im Reichstage, nämlich dem Präsidenten geteilt worden ist. Er hat also keineswegs den Präsidenten kritisiert, sondern lediglich sich der Kritik angeschlossen, die der Präsident selbst ausgeübt hat. Die Ehrlichkeit, die das „Berliner Tagblatt“ in diesem Falle an den Tag legt, steht ganz auf der Höhe seiner vom dem Minister im Abgeordnetenhaus zutreffend charakterisierten falschen tendenziösen Berichte aus dem Auslandsgebiet.

Die Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses lehnte einen nationalliberalen Antrag auf Einführung der Junggesellensteuer, die mit einem Einkommen von 3000 M. beginnen und zu den bisherigen

Steuerfögen einen Zuschlag von zehn Prozent einführen will, ab. Auch wurde die Steuerfreiheit verheirateter Personen unter einem Einkommen von 1050 M. abgelehnt. — Im preussischen Abgeordnetenhaus brachte die Nationalliberale Fraktion folgenden Wahlrechtsantrag ein: Die Staatsregierung wird ersucht, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus unter Beibehaltung des Systems des abgestuften, plutokratischen Auswüchse vermeidenden Wahlrechts und unter Befestigung der Bestimmungen des Gesetzes vom 29. Juni 1893, die den Grundlag der Bemessung des Wahlrechts nach der Steuerleistung im Gemeindebezirk verlegen, die geheime Stimmabgabe und die direkte Wahl einführt.

Die Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses nahm mit 14 gegen 12 Stimmen den freikonfessionellen Antrag an, die Herabsetzung um eine Stufenstufe bei Einkommen unter 1200 Mark schon bei einem Kinde oder anderen Familienangehörigen eintreten zu lassen.

Die Verwaltung der württembergischen Staatsbahnen hat, nach einer Meldung der „Kölnner Ztg.“, die Verfügung getroffen, daß vom 1. Mai ab beim Übergang in eine höhere Wagenklasse nicht mehr eine halbe Fahrkarte für die Klasse, in die man übergeht, zu lösen, sondern nur die wirkliche Differenz im Fahrpreis zu bezahlen ist.

Der Jahresempfang der auswärtigen Presse, der in voriger Woche in Berlin abgehalten wurde, versammelte in den festlichen Repräsentationsräumen des Hotels Epland eine überaus zahlreiche glänzende Gesellschaft von Damen und Herren. Die Botschafter und Gesandten der fremden Staaten waren teils persönlich erschienen, teils ließen sie sich vertreten von einheimischen Persönlichkeiten. U. a. waren zugegen der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. Solf, Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt Zimmermann, der Dirigent der politischen Abteilung deselben Amts v. Stumm, der hanseatische Gesandte Dr. Klugmann, der Pressechef im Ministerium des Innern, Geh. Rat Dr. Ködenbed und Geheimrat Winter von der Generalintendantur der kgl. Schauspiele, ferner zahlreiche Abgeordnete, an ihrer Spitze der Präsident des Herrenhauses, v. Wedel-Piesdorf, Vizepräsident des Reichstages Dr. Raasche, dazu hervorragende Vertreter von Wissenschaft und Kunst. Die Frühjahrsfeste der vielen schönen Damen gaben dem äußerst lebhaften gesellschaftlichen Wirde einen besonderen Reiz und Glanz.

Dem Bezirkspräsidenten Grafen Zepelin-Aschhausen ist nunmehr vom Kaiser die nachgesuchte Entlassung unter dem Ausdruck der vollen Zufriedenheit mit seiner Amtsführung und unter Verleihung des Sterns zum Kronenorden 2. Kl. erteilt worden.

Geheimer Justizrat Albert Träger, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, ist Dienstag nachmittag 2.55 Uhr an Herzschwäche im Sanatorium Grunewald gestorben.

## Ausland.

Rom, 27. März. Gestern vormittag wurde vor dem Gebäude der städtischen Polizei eine Eisenröhre von 25 Zentimeter Länge und 6 Zentimeter Durchmesser, die mit einer Zündschur versehen war, gefunden. Die Bombe wurde in das Laboratorium der Artillerie gebracht, wo festgesetzt werden soll, ob sie entzündbare Stoffe enthält oder ob es sich um einen schlechten Scherz handelt.

Washington, 27. März. Präsident Taft hat dem Kongress eine Botschaft zugehen lassen, in der auf den fortgesetzten Entwurf eines Gesetzes gedrungen wird, um die kürzlich entdeckten Kalilager in Südkalifornien vor privater Ausbeutung zu schützen.

Paris, 25. März. Die Sammlung für das Militärflugwesen hat den Betrag von 2 Millionen überschritten.

Paris, 27. März. In einem unter dem Vorsitz des Präsidenten Fallières abgehaltenen Ministerrat wurde beschlossen, bei der Kammer einen Kredit von ungefähr einer Million Franken nachzusuchen, die für die Verneuerung der Gendarmenrie und den Ankauf von Automobilen bestimmt sind. — Die Kammer hat mit 510 gegen zwei Stimmen die Kredite zur Verneuerung der Polizei angenommen. Ferner nahm die Kammer mit 479 gegen 75 Stimmen den Gesetzesentwurf, der das militärische Luftschiffahrtswesen regelt, an. Zu diesem Zweck wurde ein Nachtragskredit von 16 Millionen eröffnet.

London, 26. März. Das Unterhaus hat die Vorschläge der Arbeiterpartei, in die Bill den Mindestlohnfuß von fünf Schilling einzufügen, mit 326 gegen 83 Stimmen abgelehnt.

London, 27. März. Die Arbeiterpartei beschloß, zum Protest dagegen, daß die Regierung die Einföhrung der Mindestlohnfüße von 5 und 2 Schilling nicht zugestanden hat, in dritter Lesung gegen die Bill zu stimmen.

London, 27. März. Die gestrige Konferenz der Grubenbesitzer und Grubenarbeiter im auswärtigen Amt dauerte nur 5 Minuten. Die schottischen Bergleute verlangten 5 Schilling und 9 Pens für die Arbeiter und 3 Schilling für die Vorarbeiter. Die Grubenbesitzer antworteten sich mit dem Bemerkten, daß sie nun genug hätten.

Wien, 27. März. Nach einer in der Volkshalle des Rathauses abgehaltenen christlich-sozialen Wählerversammlung versuchten, wie die Korrespondenz Wilhelm meldet, etwa 600 bis 800 Teilnehmer in das Stadtviertel Wieden zu ziehen, wo eine Versammlung freireligiöser Wähler abgehalten wurde. Die Sicherheitswache trat ihnen entgegen und wurde mit Stockhieben empfangen. Die Menge wuchs schließlich auf etwa 1000 Personen an und versuchte den Wachposten zu sprengen. Die Polizei, die inzwischen Verstärkungen erhalten hatte, zog nun vom Leber und zerstreute die Menge, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen. Es wurden drei Verhaftungen vorgenommen. Ein Teil der Demonstranten zog vor die Redaktion der „Neuen Freien Presse“, wurde aber dort vom Wachposten zurückgetrieben. Als gegen die Fenster Steine geschleudert wurden, zog die Polizei blank und zerstreute die Menge unter Vornahme von 4 Verhaftungen.

Kulbisa, 25. März. Die Regierungstruppen und Revolutionäre haben in der Nähe von Schida einen heftigen Kampf gehabt, wobei die Regierungstruppen 1500 Tote, 80 Verwundete hatten und drei Geschütze zurückerlangten. Die Revolutionäre hatten 200 Tote.

Washington, 24. März. Staatssekretär Knox hat dem Staatsdepartement auf dringlichem Wege vom Strenger „Washington“ mitgeteilt, daß seine Reise nach dem lateinischen Amerika die gewünschten Ergebnisse gezeitigt habe. Wie verlautet, war der Hauptzweck der Reise, über deren volle Bedeutung wohl keine amtliche Bekanntmachung herausgegeben werden wird, der eine Grundlage für engere Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem lateinischen Amerika zu schaffen, um jeder Möglichkeit eines europäischen Angriffes gegen dessen Handel oder Politik vorzubeugen.

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 27. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb und erteilte von 10 Uhr an folgenden Herren Audienz: dem kaiserlichen Bankdirektor Obkircher, dem Direktor der Rheinischen Kreditbank Regierungsrat Zanger und dem Landgerichtsrat Dr. Hanemann in Mannheim, dem Oberbauinspektor Reiger in Konstanz, dem Gelehrten Professor Dr. L. Arnsperger in Karlsruhe, dem Realschuldirektor Dr. Zimmermann in Tauberbischofsheim, dem Pfarrer Lehmann in Durmersheim, den Professoren Lochstampfer und Lorenz in Karlsruhe, dem Bezirksleiter Faber in Baden, dem Gewerbelehrer Müller in Donaueschingen, dem Stadtschulrat Knepple und dem Oberpostkassenbuchhalter Gahner in Konstanz. Hierauf empfing Seine Königliche Hoheit den Finanzminister Dr. Rheinboldt zur Vortragserstattung.

\*\* Die Großh. Regierung beabsichtigt, den Ständer sobald als möglich eine Vorlage zu unterbreiten, wodurch die Mittel für den Bau und Betrieb eines staatlichen Kraftwerks an der Murg bereit gestellt werden sollen.

Der Ausführung des Werkes, die tunlichst gefördert werden soll, wird im wesentlichen der den Ständen bei ihrer letzten Tagung übergebene Entwurf zugrunde gelegt werden. Er sieht zwei Ausbaustufen vor, von denen die erste das Murgstollenwerk, die zweite das Kalsperrenwerk mit 2 Staubecken in Schwarzenbach und Rautmünzachtal umfaßt. Obgleich das Murgwerk ganz selbstständig ohne Verührung württembergischen Gebietes ausgeführt werden könnte, ist ein weiterer Entwurf bearbeitet worden, der die künftige umfassende Ausnützung sämtlicher Wasserkräfte der oberen Murg und den Anschluß der auf württembergischem Gebiet etwa zu errichtenden Stauanlagen und Leitungen an das badische Murgwerk ermöglicht. Über diesen Entwurf sind die Verhandlungen mit der württembergischen Regierung im Gange.

Mit dem Bau und Betrieb des Murgwerks soll eine bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zu errichtende besondere Abteilung für Wasserkräftenutzung und Elektrizitätsversorgung betraut werden, bei der auch die Mitglieder der Generaldirektion, welche den Entwurf für das Murgwerk bisher bearbeitet haben, beschäftigt werden sollen. Da die Einföhrung des elektrischen Betriebs auf den Staatseisenbahnen in größerem Umfang vorerst nicht in Aussicht genommen werden kann, so daß nur ein kleinerer Teil der in dem Murgwerk erzeugten Kraft für den Bedarf der Eisenbahnen selbst verwendet werden wird, während der größere Teil an Großabnehmer — Städte, Überlandzentralen und Industrie — abzusetzen ist, so erschien es zweckmäßig, mit jener Aufgabe eine Behörde der inneren Verwaltung zu betrauen, in deren Geschäftsbereich die Behandlung der Fragen gehört, die sich auf die Versorgung des Landes mit elektrischer Energie beziehen. Dafür spricht auch der Umstand, daß die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues schon jeither sich mit den Untersuchungen über die Ausbauwürdigkeit der in Baden vorhandenen Wasserkräfte beschäftigt hat, daß der Generaldirektion schon ein sehr umfangreicher Geschäftskreis zugewiesen ist, der nicht ohne triftige Gründe durch Zuteilung weiterer, damit nicht unmittelbar zusammenhängender Aufgaben noch wesentlich erweitert werden sollte, und daß endlich für später die Verbindung des Murgwerks mit einer Niederdruckanlage, sei es am Neckar oder am Rhein, in Frage kommt, wobei auch die Interessen der Schiffahrt zu wahren sind.

Wegen der Abgabe der in dem Murgwerk zu erzeugenden elektrischen Energie, soweit sie der Staat nicht für den eigenen Bedarf verwerten kann, sind die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Stadtverwaltungen, Überlandzentralen und der Großindustrie bereits eingeleitet.

\*\* Nach der gestern erfolgten amtlichen Ermittlung wurden bei der am 22. März 1912 vorgenommenen Erntewahl im 27. Landtagswahlkreis (Lahr-Land) für Landwirt und Sparfassenrechner Johann Schnebel in Zahrenheim (konf.) 2696, für Justizinspektor a. D. August Hink in Gundelfingen (fortsch. Pp.) 2385 und für Gewerkschaftsbeamten Heinrich Sauer in Karlsruhe (Zdg.) 592 Stimmen abgegeben. 4 Stimmen waren zerstückelt, 40 ungültig. Der hiernach zwischen Sparfassenrechner Schnebel und Justizinspektor Hink notwendige zweite

Wahlgang ist auf Samstag den 30. März 1912 anberaumt.

Zum Abendblatt der „Badischen Landeszeitung“ vom 26. März, Nr. 145, enthält der Artikel „Der preussisch-süddeutsche Lotterievertrag“ die unzutreffende Bemerkung, daß der Lotterievertrag im Falle, daß ihn die bayerischen Landstände ablehnen, überhaupt hinfällig werde, weil er nur bei allseitiger Annahme in Wirksamkeit trete. Um einer Verbreitung dieser Ansicht zu begegnen, wird auf das feinerzeit veröffentlichte Schlupprotokoll zum Lotterievertrag verwiesen. Darnach bleibt der Vertrag, auch wenn ihm in einem der süddeutschen Staaten die Landesvertretung nicht zustimmt, für die übrigen süddeutschen Staaten, in denen er die Zustimmung der Landesvertretung erhalten hat, und Preußen bestehen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Kaufleuten Robert Baischari und Gustav Adolf Redwitz, Teilhaber der Firma Heinrich Rheinboldt, Zigarrenimporteur in Baden-Baden, das Prädikat „Hoflieferanten“ zu verleihen.

E. Freiburg, 25. März. Zur Förderung des bargelosen Zahlungsverkehrs ist der hiesige Stadtrat dem neugegründeten Giroverband der badischen Verbandsparks begetreten und hat das Stadtratsamt ermächtigt, ein entsprechendes Girokonto bei der Abrechnungsstelle, Badischen Bank in Mannheim, zu eröffnen. — Das städt. Museum für Natur- und Völkerkunde wurde in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten mit einer Reihe wertvoller Sammlungen ethnographischer Gegenstände beschenkt. — Auf dem städtischen Kieselgut Mündenhof sind größere Neu- und Umbauten geplant, welche einen Aufwand von 300 000 M. erfordern werden. Der Stadtrat hat dem vorliegenden Projekt — vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses — zugestimmt.

In erfreulicher Weise wird der seit einigen Jahren eingeführte landw. Unterricht in der Armeegewalt gepflegt. Er wurde in diesem Winter von Ökonometrat Häcker in 12 Vorträgen über Pflanzenbau, Tierzucht und Betriebslehre erteilt und am 20. ds. Mts. mit einer Besichtigung der städtischen Kieselfelder und der Kadaververwertungsanstalt geschlossen. Die Gesamtzahl der Kursteilnehmer betrug 156 Mann, und zwar 129 vom Infanterieregiment Nr. 113 und 27 vom Feldartillerieregiment Nr. 76. — Dieser Tage hat die Freiburger Jugendwehr mit der Unterweisung und Ausbildung der über 14-Jährigen Jungen und ihrer Führer in der Samartigkeit begonnen. Die Unterweisung erfolgt durch vier im Sanitätswesen erfahrene Ärzte, die spätere Tätigkeit wird stets von den Führern überwacht. Bei den Ausmärschen, Spielen und Übungen sollen die Jungen dann Proben ihres Könnens ablegen. — Auf Veranlassung des Groß. Justizministeriums wurde hier von Mitte Januar bis Mitte März für die Juristen von Freiburg und Umgebung ein Kurs zur Einführung in die Praxis der kaufmännischen Buchführung, des Bilanz- und Bankwesens in Prüfungsanstalt der städtischen Handelsschule abgehalten. Die Anmeldungen zu diesem Kurs, der in erster Linie der praktischen Weiterbildung der Rechtspraktikanten und Gerichtsassessoren dienen sollte, zu dem aber auch Richter, Notare, Rechtsanwälte, höhere Verwaltungs- und Finanzbeamte zugelassen wurden, liefen so zahlreich ein (gegen 30), daß zwei Gruppen gebildet werden mußten. Mit der Abhaltung der Vorträge und praktischen Übungen hatte das Ministerium den hiesigen Handelslehrer Karl Winnig beauftragt. Jeder Kurs umfaßte 15 Doppelstunden. Sämtliche Teilnehmer haben für ihre beruflichen Aufgaben einen nicht unbedeutenden Gewinn und Nutzen aus den Vorträgen gezogen und blicken mit großer Befriedigung auf den Kurs zurück. — Gegen schreiende Reklamationen an den Bahntrecken in Baden hat kürzlich bei einer Strafkammerverhandlung in Freiburg die Staatsanwaltschaft energisch Front gemacht. Es handelte sich um einige Fälle im Amtsbezirk Emmendingen, in denen die Kaseln von der Polizeibehörde weggesprochen worden waren und bei denen wegen Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift die Eigentümer der betreffenden Grundstücke vom Bezirksamt bestraft werden mußten. Die Beteiligten erhoben dagegen Einspruch, auf den hin die Strafkammer zwar die Strafe von 30 auf 10 M. ermäßigte, in der Begründung des Urteils aber (im Gegensatz zu dem freisprechenden schöffengerichtlichen Erkenntnis) zum Ausdruck brachte, daß die Reklamationen wohl geeignet seien, eine landschaftlich schöne Gegend zu verunstalten.

### Aus der Residenz.

Großherzogliches Hoftheater. „Das kleine Schokoladenmädchen“, von R. Garankt, deutsch von Schönhan. — Ein rechter Laufendbassa, dieses kleine Schokoladenmädchen, in ganz Paris bekannt durch seine vielen Millionen, seine Schönheit und seine tollen Streiche. Der löbliche Zweck des lustigen Stücks ist nun zu zeigen, wie die Allbewingerin Liebe auch diesen Wildfang zähmt, und zwar auf dem nicht ganz gewöhnlichen Wege, daß die siegewohnte Herrscherin über die stolzen Männerherzen um die Liebe eines bescheidenen Versicherungsbeamten werben muß. — Mitten in der Nacht fällt sie in das kleine, für die Sommerfrische gemietete Haus am Waldrande ein und löst sich ohne Umstände häuslich nieder, trotz des höchst unliebenswürdigen Benehmens vom Hausherrn,

der natürlich niemand anders ist als Paul Normand, der Versicherungsbeamte. Anlaß zu diesem ungewöhnlichen Besuch ist eine Panne am Automobil und die weltabgeschiedene Lage des Häuschens. Das Erscheinen der kleinen Pariserin bildet für den genialisch sich gebärdenden, nichtstuerischen Lump und Maler, der mit seinem kleinen Mädchen auch die heißen Tage hier zubringt und seinen Freund mit rührender Unverschämtheit ausbeutet, die langersehnte große „Gelegenheit“, um sein Dasein auf eine feste Grundlage zu stellen. Die beiden müssen ein Paar werden, dann ist für ihn und die treue Rosette gesorgt. Die Sache wäre sehr einfach, wenn nicht beide schon „anderweitig“ verlobt wären. Aber als andern Tags der künftige Schwiegervater Pauls mit Tochter und des Schokoladenmädchens Vater nebst Bräutigam ankommen, nutzt der Maler die „eigenartigen“ Verhältnisse so geschickt aus, daß nach ein paar Stunden die Verlobungen gelöst sind. Als tüchtige Bundesgenossen stehen ihm dabei zur Seite das burschikose, ja beleidigende Auftreten des Millionentöchterchens und die Dummheit der übrigen Beteiligten. So wird das erste Ziel erreicht, das zweite reicht schon in erreichbare Nähe. Denn Paul hat durch sein sehr energisches Benehmen gegen das Schokoladenmädchen, das hauptsächlich den Bruch verschuldete, in diesem Liebe zu ihm erreicht; er imponiert ihr. Pauls Freund redet dem Mädchen ein, hinter dessen Grobheit verberge sich eine Neigung zu ihm. Daraus ergeben sich eine zweite Reihe von Streichen, die endlich den gewünschten Erfolg haben. — Man sieht: Ganz wie bei uns. Ein lebenswürdiges, anspruchsloses Stüd, aus einer Folge von zum Teil ganz lose zusammenhängenden Einfällen bestehend, für das übrigens, besonders in dem sehr schwachen vierten Akt, der Name Lustspiel zu ehren ist.

Die Regie hatte einen guten Rahmen für das Spiel geschaffen, dessen Tempo freilich vielfach etwas rascher sein sollte. Denn ein gut Teil dessen, was der Franzose Charme nennt, hängt davon ab. Die Mitwirkenden erfreuten durchweg durch schöne Leistungen. Ausgezeichnet waren Alwine Müller als Schokoladenmädchen und Felix Krones als Paul Normand; ein lustiges, lebendiges Ineinandergreifen, das einem eitel Freude bereite. Else Noorman stand das Liebesrolle und Anspruchslose des kleinen Mädchens sehr gut; jedoch wollte das seine Äußere nicht recht dazu passen; bei der im übrigen gelungenen Wiedergabe des Malers durch Felix Baumbach kam die leichte, lebenswürdige Art des schmarotzenden Künstlers durch eine etwas schwer anmutende Sprache und Betonen des Selbstverständlichen nicht immer zur Geltung. — Die Zuschauer kargten nicht mit dem wohlverdienten Beifall. L. G.

Von der Technischen Hochschule Fredericia wurde dem Geheimen Hofrat Prof. Dr. Walter Hempel an der Technischen Hochschule in Dresden in Anerkennung seiner hervorragenden Forschungen auf dem Gebiete der wissenschaftlichen und angewandten Chemie, insbesondere der Analyse der Gase, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

#### Kaiser Wilhelm.

Brioni, 26. März. Die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord und die Begleitschiffe trafen gegen 12 Uhr hier ein. Das österreichische Geschwader feuerte den Salut. Nachdem die „Hohenzollern“ an der Boje festgemacht hatte, kam Erzherzog Franz Ferdinand an Bord und ging bald darauf mit dem Kaiser an Land. Das Prinzenpaar August Wilhelm und die Prinzessin Viktoria Luise folgten. Um 1 Uhr fand bei dem Erzherzog Frühstüdtstafel statt. Für den Nachmittag ist eine Automobilfahrt durch die Insel Brioni und eine Besichtigung der Sehenswürdigkeiten vorgesehen. Darauf soll die Weiterfahrt nach Korfu erfolgen. Das Wetter ist schön.

Brioni, 27. März. Zur Begrüßung des Kaisers hatten die gesamten zurzeit im Dienst befindlichen deutschen und österreichischen Kriegsschiffe auf den Needen von Fasana und Brioni Aufstellung genommen. Nach dem bereits gemeldeten Dejeuner erfolgte in Automobilen eine Rundfahrt auf der Insel. Nach herzlicher Verabschiedung vom Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Familie schiffte sich Kaiser Wilhelm um 1/6 Uhr abends wieder auf der „Hohenzollern“ ein. Unmittelbar darauf setzte die Kaiserjacht, begleitet von dem abermaligen Geschützsalut der vereinigten Geschwader und den Hurrarufen der Besatzungen die Fahrt nach dem Süden fort.

Berlin, 27. März. Reichstag. Am Bundesratstisch: Staatssekretär Kräfte. Präsident Rämpf eröffnet die Sitzung 120 Uhr. Zunächst wird der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Bulgarien in erster und in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Notatsgesetzes. Das Gesetz wird ohne Debatte in der Kommissionsfassung angenommen.

München, 27. März. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten hat gestern mit allen Stimmen gegen drei Stimmen den Artikel 1 des Lotterievertrages mit Preußen und damit den ganzen Gesetzentwurf abgelehnt.

London, 27. März. Die Zahl der Verleute, die im Laufe des gestrigen Tages die Arbeit wieder aufgenommen haben, wird auf drei- bis viertausend angegeben. Sie verteilen sich auf Schottland, Nordwales und vier englische Grafschaften. — Nach einer Zeitungsmeldung wird in Schottland eine baldige allgemeine Rückkehr zur Arbeit erwartet.

Nach der „Daily Mail“ wird der Vorrat an verkauften Kohlen in London binnen 10 Tagen erschöpft sein. — Die Verluste der Eisenbahnen werden bis jetzt auf 30 Millionen Mark geschätzt. — Wie die „Times“ erfahren, erwägt die Regierung, falls der Kohlenstreik mit der Annahme der Mindestlohnbill nicht aufhört, ausgedehnte Maßnahmen zur Abhilfe der Notlage in London. Außerdem sollen Vorkehrungen zum Schutze der arbeitswilligen Verleute getroffen werden und man erwartet, daß das Kriegsamt die Reserven einberufen werde. Das Londoner Grafschaftsamt hat die Schulkommission ermächtigt, falls die Fortdauer des Streikes zu einer außerordentlichen Notlage führen sollte, die Osterferien in den Schulen aufzuheben und für die Speisung der bedürftigen Kinder Sorge zu tragen, zu welchem Zweck eine Summe von 100 000 M. bereitgestellt wurde.

London, 27. März. Die „Morning Post“ meldet aus Tanger vom 26.: Nach Nachrichten aus Marakech sind dort ernste Unruhen ausgebrochen. Mehrere Europäer verschiedener Nationalitäten sind verwundet und 5 Eingeborene getötet worden.

Rockland (Illinois), 27. März. Aus Gegnern des Bürgermeisters bestehender Mob griff gestern das Hauptquartier der Polizeistation an. Auf Befehl des Bürgermeisters ging die Polizei scharf vor und gab eine Salve ab, wobei 3 Personen getötet und 9 verwundet wurden. Später versuchte der Mob in eine Eisenhandlung einzudringen, um sich Waffen zu verschaffen, wurde aber von der Polizei daran gehindert. Militäer ist nach dem Schauplatz der Unruhen abgegangen.

### Stand der Badischen Bank

am 23. März 1912.

Aktiva.	
Metallbestand	8 916 584 M. 32 Pf.
Reichsschatzenscheine	8 375 „ „
Noten anderer Banken	4 267 360 „ „
Wechselbestand	17 109 450 „ 78 „
Lombardforderungen	13 509 425 „ „
Effekten	396 109 „ 30 „
Sonstige Aktiva	3 001 848 „ 46 „
47 209 152 M. 86 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefonds	2 250 000 „ „
Umlaufende Noten	23 052 600 „ „
Sonstige täglich fällige Verbindlich.	12 496 671 „ 90 „
Leihen	— „ — „
An eine Kündigungssfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	409 880 „ 96 „
47 209 152 M. 86 Pf.	

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 359 947 M. 23 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

### Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe. V.: Robert Soulier, Kanzleisekretär. — V.: Joseph Ripp, Lokomotivheizer. — V.: Georg Kühnle, Schmiedemeister. — V.: Wendel Landwehr, Kaufmann. — V.: Otto Altenburg, Maschinenmeister. — V.: Gg. Friedr. Schöneleber, Wäckermeister. — V.: Karl Reinger, Wirt. — Ein Mädchen. V.: Andr. Jädle, Schmied. — V.: Franz Kuhn, Erbarbeiter. — V.: Karl Herp, Schlosser. — V.: Phil. Schütz, Güterarbeiter.

Heiratungen. Wilh. Kirckpeter von Rappena, Schlosser hier, mit Karoline Steinhauser von hier. — Karl Senger von hier, Zeichenlehrer in Lahr, mit Elise Jundt von hier.

Todesfälle. Karoline Sartori, Witwe. — Eugen, V.: Julius Wähe, Schlosser. — Johann Fröh, Glaser, Ehemann. — Franz Gmelin, Privatier, Ehemann. — Erwin, V.: Dominik Rocca, Maurer. — Wilhelmine, V.: Lorenz Wirth, Zigarrenmacher. — Heinrich Wehringer, Oberbuchhalter, ledig. — Friedrich, V.: Johann Niedlinger, Tagelöhner. — Frida, V.: Johann Helf, Landwirt. — Philipp Dill, Kaufmann, Ehemann. — Robert Schwall, Blechener, ledig. — Karl Bunsch, Tagelöhner, Ehemann. — Jakob, V.: Jakob Schmidt, Tagelöhner.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro. vom 27. März 1912.

Das Hochdruckgebiet, das sich gestern über Mitteleuropa festgesetzt hatte, hat etwas abgenommen und sein heute unregelmäßig begrenzter Kern hat sich auf den Süden verlagert. Über dem nordwestlichen Meer ist eine ziemlich weit nach Süden hin ausgebreitete Depression erschienen, die im Norden des Reiches vielfach Trübung hervorgerufen hat; im Süden hält dagegen das heitere Wetter an. Die Wetterlage ist zwar nicht mehr so sicher wie gestern, doch wird uns voraussichtlich die Depression nur wenig beeinflussen; es ist deshalb vorerst noch vorwiegend heiteres und unterlag warmes Wetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 27. März, früh:

Lugano wolkenlos 7 Grad, Perpignan bedeckt 12 Grad, Nizza heiter 14 Grad, Triest wolfig 12 Grad, Florenz wolkenlos 9 Grad, Rom wolkenlos 7 Grad, Cagliari wolkenlos 12 Grad, Brindisi wolkenlos 12 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Simmel
26. Nachts 9 <sup>h</sup> II.	758.1	11.7	9.0	88	Still	heiter
27. Morgs. 7 <sup>h</sup> II.	756.1	8.7	8.1	93	SW	CS
27. Mittags. 2 <sup>h</sup> II.	753.6	20.2	8.3	47	SW	h. bedeckt

Höchste Temperatur am 26. März: 18.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 7.0. Niederschlagsmenge, gemessen am 27. März, 7<sup>h</sup> früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 27. März, früh: Schuiterinsel 1.81 m, gefallen 3 cm; Kehl 2.75 m, gefallen 3 cm; Maxau 4.37 m, gestiegen 16 cm; Mannheim 3.69 m, gestiegen 55 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Arndt in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**Statt jeder besonderen Anzeige.**

Heute vormittag verschied nach längerem Leiden unerwartet schnell unser geliebter Vater, der Königl. Preuß. Major a. D.

**Max Gastel**

im Alter von 77 Jahren.

Karlsruhe, den 26. März 1912.  
Boecklstr. 15.

Die trauernden Hinterbliebenen:

**Klara Gastel,**  
**Max Gastel,** Oberleutnant d. L.

Trauerfeier und anschließend Feuerbestattung Donnerstag den 28. März, 12 Uhr mittags, im Krematorium.

Es wird gebeten, von Blumenspenden im Sinne des Entschlafenen abzusehen. C.404

**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B.**

Sobien erschien:

**Wohnung und Frau**

Fünf Vorträge von Dr. Marie Baum, Dr. Marie Kröhne, Alice Bensheimer, Dorothea Staudinger und Stadtrat Dr. Flesch.

Herausgegeben vom Badischen Landeswohnungsverein E. V. Preis 1 M.

Die vorliegende Schrift enthält in ihrem ersten Teil drei Vorträge von Dr. Marie Baum, Dr. Marie Kröhne und Alice Bensheimer, die das Hauptthema der Veranstaltung, die Mitarbeit der Frau bei der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege, behandeln. Gewissermaßen als Anhang bringt der zweite Teil der Schrift die beiden Vorträge von Dorothea Staudinger und Dr. Flesch, deren Inhalt wir für eine wertvolle Bereicherung der Wohnungsliteratur halten, und ein Merkblatt, das vielleicht manchem einen erwünschten Fingerzeig für die Richtungen gibt, in denen die Wohnungspflege aufklärend zu wirken sucht. V.44

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag.

**W. Boländer**

Kaiserstraße 121

**Grosser**

**Gardinen-Verkauf**

zu außerordentlich niederen Preisen

Die Spezialabteilung Gardinen ist für Neueinrichtungen und Ergänzungen mit allen Neuheiten aufs reichste ausgestattet.

Bodenteppiche, Bettvorlagen, Divanddecken,  
Tischdecken, Dekorationen, Möbelstoffe,  
Läuferstoffe, Linoleum, Wandstuche  
in größter Auswahl.

**Karlsruher  
Lebensversicherung a. G.**

vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Ende 1911 Bestand: 751 Millionen Mark.  
Alle Überschüsse den Versicherten.  
Unanfechtbarkeit, Unverfallbarkeit, Weltpolice.

**Darlehen für Gemeinden**

öffentliche Körperschaften vermittelt zu billigem Zinsfuß prompt  
**F. & S. Weil, Mannheim, O 6, 1**  
Telephon 371. C.233

**Geschäftsverlegung.**

Unsere Bureaus befinden sich ab 30. März

**Erbprinzenstr. 31 II**

Eingang Ludwigsplatz

Badische Treuhand-Gesellschaft

Telephon 1526 m. b. H. Telephon 1526

**Wein**

Vorzügliche Tischweine  
Hervorragende Flaschenweine  
empfiehlt zu billigsten Preisen die  
Weinhandlung **Wilhelm Kronenwett,**  
Hirschstraße 64 — Telephon 1277.

Großes Lager Badischer, Elsässer, Haardt, Rhein- und Moselweine.



*sehr früh*

**Eine Tasse Van Houten**

Van Houtens Cacao zeichnet sich nicht allein durch Reinheit, Aroma u. wunderbaren Wohlgeschmack aus, sondern ist leicht verdaulich, nahrhaft u. ohne schädlichen Einfluss auf die Nerven. Stets in geschloss. Büchsen, niemals lose zu haben. Nur eine Qualität, die beste!

**Schallers**

**Teespitzen**

reinschmeckend, staubfrei,  
1/4 Pfund. . . . . 30 Pfg.  
1/2 " . . . . . Mk. 1.15

Wiederverkäufer Rabatt.

**Carl Schaller**

Großh. Hoflieferant

Erbprinzenstraße 40. C.139

**An  
der Spitze**

d. berühmtesten deutschen  
Marken stehen

**Berdux-  
Flügel  
u. -Pianos**

Konstruktion "meritisch"  
Tonfülle u. Spielart von  
höchst. künstl. Vollendung.

Alleinige Vertretung:

**H. Maurer**

Großh. Hofl.  
Karlsruhe, Friedrichspl. 5

**Ratschreibergehilfe**

gejudt, der in allen Zweigen  
des Verwaltungsdienstes, ins-  
besondere im Armen- u. Ver-  
sicherungsweesen gut bewandert  
und ein flotter Arbeiter ist.  
Gehalt 1200 Mk. Bewerbungen  
binnen einer Woche an den  
Gemeindevorstand Donauerschloß  
erbeten. C.407

Auf 1. Mai d. J. ist bei  
diesseitigem Amte die Stelle  
eines

**Ranzleigehilfen**

mit der üblichen Jahresver-  
gütung zu besetzen. Bewerber  
aus der Zahl der Anwärter  
für den mittleren Verwaltungsdienst  
wollen sich unverzüglich melden. 11.605  
Karrach, 25. März 1912.  
Großh. Bezirksamt Karrach.

Karlsruhe - Museumssaal

Freitag den 29. März 1912, abends 8 Uhr:

Lieder- und Duettenabend  
**Lisa und Sven**

**Scholander.**

(Begleitung: Schwedische Laute von 1798)

Karten zu Mk. 4, 3, 2, 50, 2.— und 1.— in der

Hofmusikalien-  
handlung **Hugo Kuntz** Nachfolger  
Kurt Neufeldt  
Kaiserstraße 114. C.349

**Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, A.-G.**

KARLSRUHE

Kaiserstrasse 146 Telephon 840

Ausführung aller bankmäß. Geschäfte

Stahlkammer. B.136

**Pädagogium Neuenheim-Heidelberg.**

Gymnasial-Realklass. Vorb. für Sekunda, Prima (7/8 Kl.), Einj.-  
Freiw. Einzelbehandlung. Aufgaben unter Anleitung in tagl.  
Arbeitsstunden. Spiel. Wanderungen. Gartenarbeit. Werk-  
stätte. Familienheim. Prüfungsergebnisse durch d. Direktion.

**Süddeutsche Handels-Lehranstalt und  
Töchterhandelschule**

**„Merkur“**

KARLSRUHE Telephon 2018

Kaiserstraße 113 (Ecke Adlerstraße)

Größtes derartiges  
Institut am Platze

Prima  
Referenzen



Gewissenhafte Ausbildung von Damen und Herren für den  
kaufmännischen Beruf.

Mittwoch, 10. April beginnen größere 4, 6 und Kurse  
8 monatliche

Eintritt zu den einzelnen Fächern jederzeit.

**Buchführung** einfache, doppelte, amerikan.,  
landwirtschaftliche.

**Maschinenschreiben** 30 erstkl. Maschinen  
versch. Systeme

**Schönschreiben**  
Kaufm. Rechnen, Konto-Korrentwesen, Korre-  
spondenz, Wechsellehre und Scheckkunde,  
Handelslehre, Rundschrift, Kontorarbeiten,  
Bank- und Börsenwesen etc.

**Deutsch, englisch, französ.  
italienisch, spanisch.**

Vollständige Ausbildung für den kaufmännischen Beruf.  
Wir möchten schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß  
Mitte April ein

**Lehrlings-Kursus**

für Konfirmanden, welche in eine kaufm. Lehre treten sollen, be-  
ginnt. Es ist empfehlenswert, wenn die jungen Leute vorher in  
Schönschreiben, kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Stenographie  
usw. ausgebildet werden. C.380

**Tages- und Abendkurse.**

Auswärtige Schüler erhalten durch unsere Vermittlung Fahr-  
preismäßig, auch sind wir für gute, preiswerte Pension  
besorgt.  
Ausführliche Auskunft und Prospekt bereitwilligst  
durch Die Direktion.